

Preisschub bei stationärer Pflege

Heimunterkunft: Betroffene zahlen immer höhere Eigenanteile. Linke spricht von »Sozialraub« und fordert Vollversicherung

Von Oliver Rast

Die Tür zum Materialraum fällt sanft ins Schloss, auf dem Flur ist ein gedämpftes Klacken zu hören. Der Bewohner im Zimmer nebenan bemerkt das leise Rollen über den frisch gewachsenen Boden, erkennt es sofort: der Verbandswagen. Kurz nach sechs, wie jeden Morgen.

Die Pflegekraft bleibt für ein paar Augenblicke stehen, prüft die Schubladen. Das Rascheln der Kompressen, das Klacken der Schere – vertraute Geräusche in einer vertrauten Umgebung. Oder: Alltag in einer stationären Pflegeeinrichtung, der für Bewohner immer teurer wird.

Die Eigenbeteiligung im ersten Heimjahr lag im bundesweiten Schnitt bei 3.364 Euro monatlich (Stand 1. Juli) – 119 Euro mehr als zu Jahresbeginn und 256 Euro mehr als im Juli 2025. Das ergab eine am Dienstag vorgestellte Auswertung des Verbands der Ersatzkassen (Vdek). Diese Kosten setzen sich zusammen aus dem sogenannten einrichtungseinheitlichen Eigenanteil für die pflegerische Versorgung und die Ausbildungskosten der Pflegekräfte, den Investitionsausgaben für die Pflegeeinrichtung sowie den Kosten für Verpflegung und Unterkunft. Zum Vergleich: Die durchschnittliche Rente liegt hierzulande bei rund 1.350 Euro. Die Folge: Bereits heute bezieht mehr als ein Drittel der Heimbewohner Sozialhilfe – Tendenz steigend, hieß es jüngst in einer Erklärung der Linken-Fraktionsvorsitzendenkonferenz.

Regional gibt es große Kostenunterschiede. Am teuersten ist das erste Jahr in der stationären Pflege in Bremen mit durchschnittlich 3.761 Euro im Monat, dicht gefolgt vom Saarland mit 3.695 Euro. Sachsen-Anhalt bleibt als einziges Bundesland unter der 3.000-Euro-Marke – dort liegt der Eigenanteil im Schnitt bei 2.891 Euro, berichtete *dpa* am Dienstag. Sind damit Höchstgrenzen erreicht? Kaum. Die Vdek-Vorstandsvorsitzende Ulrike Elsner erwartet weitere Ausgabensprünge.

Denn die Pflegekosten steigen ungebremst, wurde Elsner am selben Tag in einer Mitteilung zitiert. Ein Kostenfaktor: Die Gehälter von Pflegekräften. »Die liegen im Branchenvergleich nunmehr über dem Durchschnitt.« Elsner stellt den überfälligen Einkommensanstieg nicht in Frage – aber: »Es kann nicht sein, dass das zu immer stärkeren Belastungen der Pflegebedürftigen führt.« Also müsse der Kostenzuwachs begrenzt werden. »Die avisierte Pflegereform muss eine faire Lastenteilung und austarierte Eigenanteile erreichen.« Realistisch ist das nicht. Zumal Elsner geflissentlich die echten Preistreiber ignoriert: kommerzielle, gewinnorientierte Pflegeheimbetreiber.

Davon unabhängig – was sieht der im Juni veröffentlichte Referentenentwurf für das Pflege neuordnungsgesetz (PNOG) von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) vor? Kurz gesagt: das Ende des Solidarprinzips. Ein Kürzungsregime, das Pflegebedürftige, Angehörige und Beschäftigte stark belasten wird. Etwa mit der Aussetzung der Tariftreue regel. Für vier Jahre wird die automatische Refinanzierung von Tarifsteigerungen gestoppt. Pflegeeinrichtungen dürfen zwar nicht kürzen, aber Lohnerhöhungen werden gedeckelt. Warken will höhere Zugangshürden zu Pflegegraden. Die Voraussetzungen für einen Pflegegrad werden »leicht angehoben«. Und: Die Rentenansprüche für pflegende Angehörige sollen von 100 auf 70 Prozent sinken.

Damit nicht genug: Die prozentualen Zuschüsse zum pflegebedingten Eigenanteil werden zeitlich gestreckt. Finanzielle Unterstützung, die abhängig von der Verweildauer im Heim ist. Bewohner müssen künftig sechs Monate länger warten, bis sie höhere staatliche Zuschüsse erhalten. Der höchste Zuschlag (75 Prozent) kommt erst nach 4,5 statt nach drei Jahren. Das bedeutet: Pflegebedürftige zahlen länger hohe Eigenanteile.

Drastischer formuliert es Luigi Pantisano. »Pflegebedürftigkeit stürzt Menschen, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben, in Altersarmut«, so der Kovorsitzende der Partei Die Linke am Dienstag in einem Statement. Eine Heimunterbringung sei ohnehin für Menschen mit normalem Einkommen kaum zu bezahlen. Das »schwarz-rote« Bundeskabinett unter Kanzler Friedrich Merz werde daran nichts ändern – schlimmer noch: »Die angekündigte Pflegereform ist Teil eines großangelegten Sozialraubs.«

Die Antwort auf die Pflegemisere liegt längst auf dem Tisch: Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Alle Einkommensbezieher zahlen ein. Und alle Miet-, Pacht- und Kapitalerträge werden herangezogen. Das sind die Kernpunkte einer solidarischen Pflegevollversicherung. Nur so lassen sich Lebensrisiken in einer alternden Gesellschaft mit zunehmenden Pflegebedarfen absichern.

Im Heim ist es inzwischen kurz vor sieben. In der Küche klappert Geschirr. Eine Pflegekraft bereitet den Frühstückswagen vor. Kaffee, Tee, Rührei, Müsli, Brot, diverse Aufstriche. Der Duft des frisch gebrühten Filterkaffees wirkt wie ein zweiter Weckruf. Einige Bewohner kommen selbständig in den Speisesaal, langsam, aber entschlossen. Andere werden begleitet, gestützt, gefahren. Ein vertrauter Morgen – und ein Alltag, dessen Preis weiter steigt.

<https://www.jungewelt.de/artikel/526085.gesundheitspolitik-preisschub-bei-stationärer-pflege.html>